

Betreff:

Angebot zur automatischen Benachrichtigung vor Ablauf der Gültigkeit des Personalausweises und Reisepasses auf freiwilliger Basis
- Antrag der AfD vom 30.08.2017 -

Antragstext:

Begründung:

Ein abgelaufener Personalausweis oder Reisepass kann für den Bürger große finanzielle Folgen haben. Dabei erschrecken viele Bürger selbst, wenn das Ausweisdokument abgelaufen ist. Für Geringverdiener sind die Strafzahlungen dieser Ordnungswidrigkeit besonders spürbar. Die Kommune Düsseldorf hat aus diesem Grund einen bürgernahen Service eingerichtet. Die Kommune informiert zum Beispiel vier Wochen vor Ablauf der Gültigkeit des Personalausweises per Post.

Antrag:

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik wolle beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, bei der Neuausstellung des Personalausweises oder des Reisepasses das Angebot zur automatischen Benachrichtigung vor Ablauf der Gültigkeit in der zuständigen Behörde auf freiwilliger Basis zu veranlassen. Dabei gilt zu beachten, dass die Benachrichtigung zum Reisepass mindestens sechs Monate und bei dem Personalausweis mindestens vier Wochen vor Ablauf der Gültigkeit zu erfolgen hat.
2. Der Magistrat wird beauftragt, für das Angebot zur automatischen Benachrichtigung auf freiwilliger Basis vor Ablauf der Gültigkeit des Personalausweises oder Reisepasses entsprechende formale Vorkehrungen zu treffen, sodass die Einwilligung der Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger gewährleistet ist. Bei der anstehenden Verlängerung können die Bürgerinnen und Bürger bei Interesse über die Einwilligung zur Abgabe ihrer E-Mail Adressen entscheiden, damit sie im Folgenden das Angebot zur automatischen Benachrichtigung nutzen können.

Wiesbaden, 30.08.2017

Peter Schulz
Fachpolitischer Sprecher
AfD Stadtverordnetenfraktion

Enxhi Seli
Politische Referentin
AfD Stadtverordnetenfraktion